



# Kommunalwahl 2026: Marburger Linke wählen!

*Wir machen Kommunalpolitik, keine Parteipolitik: Sozial, inklusiv & innovativ.  
Weil die Stadt allen gehört!*

**Unser Wahlprogramm zur  
Kommunalwahl 2026**



## **Inhalt:**

**Einleitung**

**Die Wohnungsfrage ist und bleibt die Soziale Frage**

**Stadtentwicklung: Wohnen, Verkehr, Infrastruktur kurz: wie wollen wir leben.**

**Arbeit, Tarif- und Vergaberichtlinien**

**Soziales Marburg**

**Ein Marburg für alle – die Gemeinschaft schützen**

**Bildung und Schutz von Kindern und Frauen**

**Altersarmut entgegenwirken**

**Teilhabe für alle - Barrierefreiheit schaffen**

**Sport – ein Türöffner in vielerlei Hinsicht, Powerbooster für Gesundheit und Integration**

**Verkehrswende durch Marburger Flatrate-ÖPNV & hessenweites Schülerticket**

**Stärkung der Stadtteile**

**Kommunale Mitbestimmung – Mach Dich stark für Deinen Ort**

**Frieden schaffen durch Solidarität, Erinnerung und Dialog**

**Miteinander auf Augenhöhe - Solidarität statt Abschottung bei Migration und Integration**

**Solidarische Stadtgesellschaft gegen Faschismus, Rassismus und Ausgrenzung**

**Interkulturelles Zentrum - Für Kommunikation und friedliches Zusammenleben!**

**Tierschutz**

**Digitalisierung I: Umweltdatenzentrierter SmartCity-Ausbau, LoRaWAN & Freifunk Marburg, öffentliche Datenbereitstellung.**

**Digitalisierung II: Ersatz sicherheitskritischer US-IT-Dienste durch OpenSource-Lösungen, Einhaltung von DSGVO-Vorgaben, Volldigitales Stadtbüro, wirtschaftlicher Innovationsschub durch kommunale Entwicklungsaufträge**

## **Wahlprogramm Marburger Linke**

Wir machen Kommunalpolitik, keine Parteipolitik: Sozial, inklusiv & innovativ. Weil die Stadt allen gehört!

### **Liebe Marburger Bürgerinnen und Bürger,**

viele Menschen in Marburg haben in den letzten Jahren die Probleme am eigenen Leib erfahren:

- Ständig steigende Mieten, die viel zu große Teile des Einkommens auffressen.
- Ein spürbarer Mangel an Plätzen für die Kinderbetreuung und bei Seniorenunterkünften;
- kaum nichtkommerzielle Freizeitangebote oder Treffpunkte in der Stadt;
- Verkehrsprobleme und gewerbliche Nachverdichtung.
- Wenig innovative Neuerungen in Richtung moderner Stadtverwaltung, kaum Bewegung bei seit langem dringend erforderlichen Infrastruktursanierungen und -Bauvorhaben, völlige Stagnation im Bereich Digitalisierung, Rückabwicklung demokratischer Beteiligungsmöglichkeiten - und ganz aktuell das
- Drehen der Stadt an allen Gebührenschrauben.

Nicht mit uns! Der Fraktion Marburger Linken & Piraten geht es um die Lebensqualität aller Einwohner:innen, unabhängig von Geldbeutel und Herkunft. Insbesondere setzen wir uns in der Stadtverordnetenversammlung seit jeher konsequent für all jene ein, die nur mühsam über die Runden kommen – und das sind immer öfter leider auch Normalverdienende. Wir kämpfen seit vielen Jahren gegen die Ausgrenzung von Geringverdienenden, Arbeitssuchenden und Geflüchteten, von Obdachlosen und Minderheiten. Wir kämpfen für Investitionen im Bereich Soziales. Ein klares Nein gibt es von uns zum Rechtsruck, der heute bis weit in die bürgerliche Mitte hinein seine Spuren hinterlässt und sich vor allem im Hass auf vermeintlich Schwächere entlädt.

Der aktuelle kommunalpolitische Eiertanz von SPD, Grünen, Klimaliste und CDU/FDP/BfM um Haushaltskonsolidierung – im Klartext: Kürzungen bei sozialen Leistungen und flächendeckende Gebührenerhöhungen, wo immer es geht – zeigt, wie richtig es war, dass die Marburger Linke aus der Koalition ausgestiegen ist, nachdem OB und Koalition den Gewerbesteuersatz massiv gesenkt haben. Das Geld fehlt jetzt!

Dass die Marburger Linke auch als linke Opposition wirkt, macht ein Check des von uns mit verhandelten Koalitionsvertrags deutlich: Einige der in dem Vertrag vereinbarten Dinge sind inzwischen umgesetzt, nicht zuletzt, weil wir immer wieder diese Forderungen aus der Stadtgesellschaft und den Bürger:inneninitiativen aufgegriffen und ins Stadtparlament getragen haben. Beispiele: Einrichtung einer

stadtweiten Sozialberatung, Verbesserung der Leistungen des Stadtpasses (heute: Marburg-Pass), Förderung und Ausbau von Mieterstrommodellen, Stopp der Auslagerung von Arbeitsplätzen, stattdessen Rückführung von MKG und Teilen des DBM in die Stadtverwaltung, Tariflöhne für alle bei der Marburger Altenhilfe, Ausbau – wenn auch zögerlich – von Radwegen, mehr Variotafeln zur Geschwindigkeitsreduktion, aktive Bodenbevorratung, usw.

Doch viele Forderungen sind noch lange nicht erfüllt, im Gegenteil: viele soziale Errungenschaften stehen inzwischen zur Disposition. Um das zu verhindern und Marburg zu einer für alle lebenswerten Stadt zu machen, braucht es eine **ausschließlich auf Kommunalpolitik konzentrierte lokale Opposition**. Sie ist Sprachrohr für viele Menschen vor Ort, muss keine Rücksicht auf landes- oder bundespolitische Parteivorgaben nehmen, sondern kann konsequent im Stadtparlament die Interessen der großen Mehrheit der Marburger:innen vertreten.

**Sorgen Sie am 15. März bitte mit Ihrer Stimme dafür, dass die Marburger Linke gestärkt in die neue Stadtverordnetenversammlung einzieht und Ihre Interessen künftig noch besser vertreten kann. Nutzen Sie die Briefwahlmöglichkeit, wenn Sie am 15. März verhindert sind. (Layout Kasten)**

## Die Wohnungsfrage ist und bleibt die Soziale Frage

Die Menschen in Marburg ächzen unter explodierenden Mieten, viele suchen vergeblich eine bezahlbare Wohnung. Marburg zählt zu den teuersten Pflastern des Landes. Die Ursachen für die seit Jahren wachsende Wohnungsnot sind vielfältig. Eine verfehlte Bundes- und Landespolitik hat Bodenspekulation und Luxussanierungen gefördert. Während so die Mieten in die Höhe getrieben werden, vernachlässigen Bund und Land den sozialen Mietwohnungsbau. Der Mietspiegel zeigt eine deutliche Zunahme der Mietpreise in diesem Jahr. Wohnen wird also zunehmend zu einem Luxus, die Zahl der Obdachlosen steigt dramatisch. Diese fatale Entwicklung muss gestoppt und umgekehrt werden.

Jeder Mensch braucht eine Wohnung, ob alleinerziehend, ob jung ob alt, ob in einer Wohngemeinschaft, ob die erste Wohnung für die Ausbildung oder das Studium, oder die Wohnung, die bereits seit vielen Jahren das Zuhause ist. Die Angst davor, sie zu verlieren, weil die Mieten explodieren, oder im Zuhause zu frieren, weil das Geld nicht mehr zum Heizen reicht und darüber krank zu werden, das eint viel zu viele Menschen in Marburg.

Einige Konkrete Beispiele gefällig?

Indexmietverträge für Sozialwohnungen der Gemeinnützigen Wohnbaugesellschaft Hessen und auch der städtischen Wohnbaugesellschaft GeWoBau. An die Inflation gekoppelt, führen sie zu jährlich steigenden Mieten. Selbst wenn die Mietenden Wohngeld erhalten, haben sie nichts davon. Mit dem staatlichen Zuschuss stopft sich die GWH und GeWoBau die Taschen voll.

Alljährlich zu Beginn des Wintersemesters wird die katastrophale Wohnmisere der Studierenden besonders deutlich. Aufgrund der angespannten Situation auf dem Wohnungsmarkt und der begrenzten Wohnheimplätze des Studentenwerks haben viele große Schwierigkeiten, eine Unterkunft zu finden, geschweige denn

bezahlbaren Wohnraum. Notunterkünfte bis hin zum Wohnen im Zelt sind die Folge. Definitiv keine Bedingungen, um den Kopf für ein Studium frei zu haben! Selbiges gilt für Auszubildende, auch hier muss mit einem Neubau endlich für vernünftige Wohnbedingungen gesorgt werden.

Deshalb: In Zeiten immer größerer Krisen und Unsicherheiten darf das kostbaren Gut Wohnen keine Goldgrube für Kapitalanleger sein. Wohnungspolitik muss Teil der Sozialpolitik sein, weil alle Menschen das Recht auf ein menschenwürdiges und bezahlbares Wohnen haben. Nur die wenigsten können sich die in Hochglanzwerbebroschüren privater Bauträger präsentierten Wohnräume leisten. Die Fraktion Marburger Linke & Piraten kämpft seit langem für einen Politikwechsel. Die Stadt darf den Bau und die Bewirtschaftung von Wohnraum nicht länger privaten Eigentümer:innen, Immobilien- und Kapitalgesellschaften überlassen. Wir fordern, diesen elementaren Bereich schrittweise den Marktauktur:innen zu entziehen. Wohnen ist keine Ware, sondern ein Menschenrecht und damit eine zentrale öffentliche und soziale Aufgabe. Die Stadt muss den öffentlich geförderten Wohnungsbau ins Zentrum ihrer Politik stellen. Wir wollen, dass eine sozial gerechte Wohnungs- und Stadtentwicklungs politik bei allen haushaltspolitischen Planungen Vorfahrt hat. Dazu ist die städtische Wohnbaugesellschaft GeWoBau auch mit mehr Mitteln auszustatten. Freiwerdende städtische Immobilien nicht an private Investoren verschachern, sondern der GeWoBau für geförderten Wohnraum zu überlassen.

**Deshalb muss Marburg ein Programm auflegen für öffentlich geförderten Wohnungsbau auflegen – bezahlbar für alle – Keine Profite beim Thema Wohnen!**

Zunächst muss die Stadt Marburg ein Bauförderungsprogramm auflegen, das unter Berücksichtigung aktueller Herausforderungen gezielt bezahlbaren Wohnraum schafft. Besonders zu beachten ist eine ökologische Bauweise, die zudem energiesparend ist und somit die Nebenkosten überschaubar hält. Durch die Verlängerung der Belegungsrechte bei auslaufenden preisgebundenen Mietwohnungen sollen Mieterhöhungen ausgeschlossen werden. So gehen ehemals geförderte Wohnungen nicht auf den privaten Markt über.

**Kommunale Bodenbevorratung** ist ein Steuerungsmittel für bezahlbares Wohnen. Mit dem Kauf von Grundstücken hat die Stadt die Entwicklungsmöglichkeiten in den eigenen Händen. Dafür ist die Stadt eigene Entwicklungsgesellschaft SEG mit ausreichend finanziellen Mitteln und Zielvorgaben auszustatten. So schafft die Stadt Marburg reale und nachhaltige Vermögenswerte für die Menschen und steuert der immer größer werdenden Wohnungsnot entgegen. Darüber hinaus ist die Wohnungspolitik von zentraler Bedeutung für das dringend nötige Einsparen klimaschädlicher Emissionen. Die notwendigen baulichen Maßnahmen zum Schutz für unser Klima müssen angegangen werden, aber nicht mit Mieterhöhungen, denn das schafft keine Akzeptanz für ein notwendiges Umdenken für den Klimaschutz.

**Leerstehenden Wohnraum wieder nutzbar machen**

Vorbild kann hier die Stadt Viernheim sein, die seit 2016 mit einer erfolgreichen Strategie über 100 leerstehende Wohnungen wieder bewohnbar gemacht hat. Marburg soll eine Konzeption erarbeiten, wie sie leerstehenden Wohnraum erfassen

und vermitteln kann, in dem sie selbst zur Sicherheit als Vermieter auftritt. – **Kasten mit Antrag gestellt**

**Wohnen soll unsere Gemeinschaft stärken, Wohnen darf keine Ware sein.**

Wohnen bedeutet gesellschaftliche Teilhabe. Deshalb gehören Wohnungen in öffentliche Hand, zukünftig gehören Wohnungsverkäufe an große gewinnorientierte Wohnbaugesellschaften verboten.

Bei der Gewinnung dringend benötigter Fachkräfte in städtischen Bereichen wie Erzieher:innen, Busfahrer:innen, Azubis usw. sind Werkswohnungen ein zusätzlicher Anreiz. Wir fordern, die Stadt soll Mitarbeiterwohnungen schaffen.

**Forderungen und Standpunkte:**

- Städtische Wohnbauoffensive durch die GeWoBau
- Umwandlung Indexmietverträge zu regulären Mietverträgen
- Keine spekulativen Mieten – Mietendeckelung
- Keine Bodenspekulation – Baurecht anwenden
- Sozialquote konsequent anwenden und auf 50% erhöhen
- Leerstand erfassen und bewohnbar machen – Vermiete an die Stadt
- Sozialen Wohnungsbau und Preisbindung erhalten
- Keine Privatisierungen – Vorverkaufsrecht einführen
- Gemeinschaftliches Wohnen stärken und fördern
- Wohnungssanierungen sozialverträglich und warmmietenneutral
- Kein Verkauf von öffentlichen Grundstücken
- Konzeptvergabe vor allem unter gemeinwohlorientierten und genossenschaftlichen Aspekten.
- Vergabe an Dritte nur in Erbpacht.

**Stadtentwicklung: Wohnen, Verkehr, Infrastruktur kurz: wie wollen wir leben.**

Seit Jahren wird in Marburg nur noch von der Hand in den Mund geplant.

Bebauungspläne werden Altpapier, wenn ein mächtiger Investor seine Wünsche anmeldet. Diese Wünsche werden durch Befreiungen von gültigen Bebauungsplänen nach § 31 des Hess. BauGB erfüllt, allerdings in einem Ausmaß, das jeden Bebauungsplan ad absurdum führt und somit dem Recht widerspricht. So entsteht Wildwuchs, der die Stadt entstellt. Deshalb fordert die Marburger Linke:

Erstellung eines Stadtentwicklungsplans unter Beteiligung der interessierten Öffentlichkeit, um das isolierte Planen von Einzelprojekten zu überwinden.

Die Umgestaltung des Nordviertels inklusive Bahnhofsvorplatz und Umzug der Universität führte in den letzten Jahren zu großen städtebaulichen Veränderungen in Marburg. Doch die Bürgerbeteiligung wurde klammheimlich beerdigt, während der Magistrat seine Planungshoheit an einen milliardenschweren Investor verkauft hat. Gleiches galt für die gesamte Nordstadt, ein Investor drückte der Neugestaltung seinen Stempel auf, ähnliches steht jetzt dem Marburger Süden bevor.

Wir fordern:

Gleiches Recht für alle im Baurecht und beim Denkmalschutz! Keine Extrawurst für das große Geld!

Die interessierte Öffentlichkeit und alle Anwohner:innen - nicht nur Geschäftsleute - sind von Anfang an in vielfältiger Form in ergebnisoffene Planungen einzubeziehen, ebenso die Universität. Aktuell beauftragt die Stadt Marburg hier externe Dialogmoderatoren und ohnehin schon beauftragte Planungsbüros. So werden die Menschen zwar beteiligt, allerdings immer mit dem Gefühl, mit sanftem Druck durch die Experten in die gewünschte Richtung gelenkt zu werden. Ein Stadtentwicklungsplan als Leitlinie ist transparent und schafft Klarheit. Als informelles Planungsinstrument besitzt der Stadtentwicklungsplan (STEP) keine rechtliche Bindung für ein reguläres Bauleitverfahren. Vielmehr fungiert er als Handlungsleitfaden und soll auf dieser Basis die grundlegenden stadtplanerischen Ziele und Strategien formulieren. Sollen Ziele aus dem STEP umgesetzt werden, müssen diese entweder durch die formelle Planung, etwa auf der Ebene des Regionalen Flächennutzungsplans oder auf der konkreten Ebene eines Bebauungsplans festgelegt werden. Viele Förderprogramme, insbesondere auf europäischer Ebene, setzen integrierte Stadtentwicklungskonzepte voraus. Somit eröffnet der STEP in Marburg auch Optionen für die Finanzierung und Umsetzung zentraler Planungs- und Bauvorhaben in der Stadt.

Zunächst ist es notwendig, die Ausgangslage der Stadt zu analysieren, Entwicklungstendenzen darzustellen und Handlungsbedarfe zu skizzieren.

Der Stadtentwicklungsplan soll folgende Handlungsfelder für Marburg definieren:

- Bauliche Entwicklung, Wohnen, Soziales und Kultur, Altstadtsatzung
- Mobilität und Energie
- Grün- und Freiflächen, Freizeit und Sport
- Wirtschaft und Tourismus

Zur nachhaltigen Stadtentwicklung von Marburg gehört heute unbedingt ein gesamtstädtisches Freiraumentwicklungskonzept. - Ein wichtiger Bestandteil ist die Freiflächengestaltungssatzung, die eine verbindliche Handreichung für Planende und Bauende darstellen soll.

Marburg hat sich im Jahr 2019, gemeinsam mit vielen anderen Städten, zur Klimanotstandkommune erklärt. Wenn man als Gemeinde spürt, dass das Insektensterben zunimmt, dass eine spürbare Überhitzung besonders in der Innenstadt zu gesundheitlichen Problemen für Mensch und Tier führt, wenn von behördlicherseits angeordnet werden muss, das Bewässern von Gärten zu

unterlassen, spätestens dann ist es sinnvoll, über nachhaltige Konzeptionen nachzudenken, die dem entgegenwirken kann. Kürzlich wurde deshalb u.a. auf unsere Initiative hin auch entschieden, gegen Schottergärten, die sog. „Gärten des Grauens“ vorzugehen und andere Anreize zu setzen. Ein reines Schottergartenverbot wird allerdings nicht ausreichen. Deshalb ist es zu begrüßen, sich mit allen infrage kommenden Institutionen und Vereinen zusammenzusetzen und ein gesamtstädtisches Freiraumentwicklungskonzept zu erarbeiten, das ein wichtiger Bestandteil einer Freiflächengestaltungssatzung wird. Letztere soll dann als ein verbindlicher Leitfaden dienen, der zu Transparenz und Klarheit bei der Gestaltung von unbebauten Flächen gilt. Wir alle würden davon profitieren, wenn es zu einer merklichen Abkühlung in den heißen Sommermonaten führt.

## Lärmende Stadtautobahn B3a begraben und Wohn- und Aufenthaltsqualität gewinnen.

Fast überall kann man die lärmende und stinkende Stadtautobahn wahrnehmen, zudem zerreißt sie unser schönes Marburg in zwei Teile. Wir träumen schon lang von einer schönen Stadt, die ihren schönen Fluss, für Mensch und Tier wieder attraktiv, und lebenswert in Szene setzt. Dieser Traum ist gut für alle, er beruhigt und belebt zugleich, wir können uns auf den zurückgewonnenen Flächen kreativ ausleben, Ruheoasen und Begegnungen neu erschaffen, oder Spiel- und Gesundheitsfreiflächen gestalten. Um die Bezahlbarkeit zu gewährleisten, soll neben sozialen Wohnungsbau auch Wohnraum entstehen, der die Ausgaben über Rückfinanzierung deutlich reduziert. All das - während der Verkehr unter der Erde durch Marburg rollt.

## Auskömmliche kommunale Finanzierung

Aus unserer Sicht hat es - wie von der aktuellen Stadtregierung praktiziert - wenig Sinn, wesentliche Leistungen, die jede Kommune bieten sollte, zusammenzukürzen. Bei stagnierender finanziellen Ausstattung der Kommunen und gleichzeitig zunehmend Aufgabenzuweisungen durch Land und Bund trägt das nicht dazu bei, das Finanzierungsproblem zu lösen.

Deswegen stehen wir im Gegensatz zu allen anderen Wählergruppen nicht für ebenso radikale, wie sinnlose Sparmaßnahmen, sondern wollen uns mit einem Dreipunkteplan um die Verbesserung der Einnahmeseite bemühen. Dazu ist in erster Linie ein aggressives, rechtlich-fundiertes Vorgehen im Zusammenschluss mit allen anderen hessischen Kommunen gegen die aus unserer Sicht seit Jahren fehlpraktizierte Finanzpolitik von Land und Bund über den Rechtsweg erforderlich (Gemeinschaftsklage). Zweitens die Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes auf 460 Punkte. Drittens wollen wir in Marburg die Bedingungen für den Gewerbeerhalt über Stellschrauben, wie Werkswohnungen, Werksbusse, Jobticket. Gleichzeitig schlagen wir Einsparungen dort vor, wo sie sinnvoll und ohne Qualitätsverlust umsetzbar sind. Dazu gehören die Streichung der 3. Und 4. hauptamtlichen Magistratsstellen (Stadtratsstellen, wissen muss man es gibt zudem zehn Fachdienstleitungen), die Auflösung der Stadtpolizei bzw. deren Rückführung ins Ordnungsamt, der Abbau von Doppelstrukturen in der Verwaltung oder die

Umstellung der städtischen IT auf OpenSource-Software. Letzteres könnte pro Jahr Millionen an Lizenzgebühren für Microsoft & Co. sparen.

In Marburg werden verpasste Investitionen in Infrastruktur wie Straßen- und Kanalsanierung, aber auch im Kita- und Schulbereich immer offensichtlicher. Ein weiteres Hinausschieben ist deutlich kostenintensiver. Unerklärlich ist, warum die hohen Steuereinnahmen der Jahre 2020-2023 in spekulative Aktienfonds angelegt wurden anstatt sie direkt an die städtischen Tochtergesellschaften zu geben, um längst überfällige Sanierungen anzugehen! Nochmal zur Verdeutlichung: Kommunale Einnahmequellen müssen genutzt werden. Der Gewerbesteuerhebesatz muss auf 460 Punkte erhöht werden. Es muss Schluss sein mit einem Unterbietungswettbewerb aus falscher Standortlogik heraus. Die staatliche Verschuldung, das sogenannte Sondervermögen, für Rüstungsausgaben, hat unmittelbare Folgen für die Gemeinden und Kommunen. Es wird in allen Bereichen des Zusammenlebens zu weiteren sozialen Kahlschlägen führen. Deshalb keine Kürzungen, die unser soziales Marburger Klima gefährden. Wer in den letzten 3 Jahren, durch Steuergeschenke, vor allem an die Marburger Pharmakonzerne, auf ca. 90 Mio. € Einnahmen verzichten konnte, darf jetzt nicht die über viele Jahre aufgebauten Strukturen zerschlagen. Unsere Forderung zum Gewerbesteuerhebesatz und zur Finanzierung eines weiterhin sozialen Marburgs ist nur konsequent.

### **Forderungen und Standpunkte:**

- Kommunales Investitionsoffensive, längst überfällige Sanierungen in Straßen- und Kanalnetz, Kita- und Schulbau (verpflichtende Ganztagschule), öffentlich geförderter Wohnungsbau und Wohnungssanierungen, usw.
- Eine lebenswerte Gestaltung der Kommunen: Dazu gehören auch städtebauliche Maßnahmen, gegen Angsträume und für mehr Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum, seniorengerecht, sowie barrierefrei für Menschen mit Beeinträchtigungen.
- Die Marburger Untertunnelung der Stadtautobahn bietet hier riesiges Entfaltungspotenzial an Aufenthaltsqualität und Refinanzierung über Wohnbebauung.
- Gewerbesteuerhebesatz erhöhen auf 460 Punkte – keine Unterbietungspolitik
- Doppelstrukturen in der Verwaltung abschaffen
- 4. Magistratsstelle streichen
- Rückführung der Stadtpolizei ins Ordnungsamt

### **Arbeit, Tarif- und Vergaberichtlinien**

Die Universitätsstadt Marburg muss im Rahmen ihrer Möglichkeiten die Anwendung von Tarifverträgen tatkräftig unterstützen und fördern. Ein Beitrag dazu ist die Ausweisung der Tarifbindung in den Beteiligungsberichten der Stadt, um der interessierten Öffentlichkeit Auskunft darüber zu geben, wie viele Beschäftigte der

Stadt und ihrer Tochtergesellschaften von einer Tarifbindung erfasst werden. Bei öffentlicher Auftragsvergabe soll die Anwendung von Tarifverträgen zu einer Voraussetzung für den Erhalt öffentlicher Gelder erklärt werden. Also kein Outsourcing etwa von Reinigungskräften, sondern Rückführung. Im Sinne der Nachhaltigkeit sind regionale Unternehmen mit tariflicher Bezahlung bei Aufträgen zu bevorzugen!

### **Personalmangel aufheben – Umschulungs- und Qualifizierungsoffensive**

Fachkräftemangel ist auch in der städtischen Verwaltung ein großes Problem. Viele unbesetzte Stellen ziehen sich durch alle wichtigen Bereiche. Deshalb fordern wir eine Umschulungs- und Qualifizierungsoffensive. Dies gilt analog auch für Marburgs Töchter. Die Stadt Marburg hat neben ihrer Verwaltung auch städtische Unternehmen, neben Ausbildungsplätzen soll die Integration in den Arbeitsmarkt für internationale neuankommende Menschen erleichtert und ermöglicht werden. Zusätzlich soll die Stadt sich aktiv an einer Kampagne beteiligen, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken, ähnlich dem erfolgreichen Verbundprojekt: „Talentscouts im Handwerk“. **Werkwohnungen als Anreiz**

In vielen gesellschaftlich relevanten Bereichen fehlt Personal, wir wollen deshalb ein Anreiz-Verbund-Programm der Stadt mit der GeWoBau. Es sollen so bezahlbare Werkwohnungen für Erzieher:innen, Gesundheitspfleger:innen, Busfahrer:innen, Feuerwehrleute usw. geschaffen werden. Denn dringend benötigte Fachkräfte finden kaum Wohnungen, die den - manchmal - speziellen Anforderungen entsprechen. Daneben bleibt insbesondere die Bezahlbarkeit der Wohnung und des alltäglichen Lebens die große Herausforderung.

### **Forderungen und Standpunkt**

- Gwerbesteuerhebesatz auf 460 Punkte anheben
- Stärkung und Absicherung der sozialen Gemeinwesenarbeit, Kürzungen im Kultur- und Bildungsbereich zurücknehmen.
- Vergabe öffentlicher Aufträge nur auf Grundlage von Tarifverträgen nach sozialen und ökologischen Standards (Antrag gestellt 26.09.2023)
- kein Outsourcing beim Reinigungspersonal
- Anreize für Fachkräfte schaffen, z.B. 4-Tage Woche, Werkwohnungen. (mehrere Anträge)
- **Ausbildungsoffensive und Umschulungsoffensive, Akzeptanz von Bewerber:innen auch wenn die formale Qualifikation noch nicht ausreichend ist - dann über Qualifizierungsmaßnahme fördern und einstellen, Weiterbildungsmöglichkeiten schaffen**

## Soziales Marburg

### Marburger Sozialfonds

Eine Idee dazu ist die Einführung eines Marburger Sozialfonds. Mit ihm fordern wir etwas völlig Neues, das es bisher in Marburg noch nicht gegeben hat. Mit 5 Mio. Euro soll der Fonds so groß sein, dass daraus unbürokratisch, flexibel und schnell verschiedenste Maßnahmen unterstützt bzw. angestoßen werden können: Mit Gutscheinen für energiesparende Geräte, der Verhinderung von Strom-, Gas- oder Wassersperren bis hin zu Wohnraumschutz soll einfach und schnell geholfen werden.

### Gesundheit im Quartier stärken - Quartiersarbeit ausbauen - Vereinsamung auflösen

Die Zunahme psychischer Erkrankungen bei Kindern und Jugendlichen ist erschreckend hoch, deshalb müssen begonnene Maßnahmen ausgebaut und neue Initiativen ergriffen werden, sowohl im KiTa-Bereich wie in der Schule. Deshalb fordern wir die weitere Integration von Sozialpädagog:innen und Sozialarbeit in den Schulen. Dies würde auch die Lehrkräfte entlasten, deren Krankheitsstand aufgrund Überbelastung stetig zunimmt.

### Wir wollen eine gesunde Stadt für alle, mit Beratung für alle.

Ein Team aus unterschiedlichen Gesundheitsberufen mit einem offenen Ohr soll Patienten Aufklärung über Befunde und Therapien zu geben – auch in der jeweiligen Muttersprache. Sozialarbeiterische Begleitung, soll Wege zu Gesundheitseinrichtungen, Spezialisten oder Therapieangeboten ebnen und leiten. Zudem gibt sie Orientierung im oft schwer durchschaubaren Versorgungsdschungel und begleitet Menschen auf Augenhöhe.

Wir wissen: Armut macht krank, und Krankheit macht arm. Sie ist für viele Menschen in unserer Stadt Alltag, bittere Realität, schmerzende Ausgrenzungserfahrung. Krankheit und Kränkung liegen nicht nur sprachlich eng beisammen, sondern sie verschmelzen vielfach im Leben von Menschen, die mit einer Erkrankung oder multiplen Krankheitsbildern alleine sind, die durch soziale Hürden und Klassenschranken, aufgrund finanzieller Probleme, sprachlicher Barrieren oder mangelnder Begleitung nicht den Weg zu einer adäquaten Behandlung finden. Das betrifft etwa

- Busfahrer:innen oder Krankenschwestern, die nach Jahrzehntelanger harter Arbeit chronische Rückenschmerzen haben,
- einstige „Gastarbeiter:innen“, die sich auf Baustellen ihre Körper zerschunden haben,
- die Rentnerin, die nach dem Tod ihres Gatten an Einsamkeit und Depressionen leidet und zugleich von finanziellen Sorgen geplagt ist,

- den Studenten, der psychische Probleme hat und nicht weiß, wohin er sich wenden soll,
- geflüchtete Menschen, die ihre Heimat durch Krieg und Not verlassen mussten und sich schwer tun in einem ganz neuen, ganz anderen Umfeld zurechtzufinden.

Dafür müssen unsere Angebote erhalten und ausgebaut werden.

### **Forderungen und Standpunkte:**

- Einführung Sozialfonds, schnelle und flexible Hilfen für in Not geratene Menschen.
- Gesundheitsförderung in den Stadtteilen, gesellschaftliche Teilhabe für alle ermöglichen.
- Sozialpädagog:innen im Quartier und in Bildungseinrichtungen.
- Gemeindeschwestern
- Schuldner:innenberatung stadtweit
- Sozialkompass erstellen
- Begegnungszentren, -treffpunkte.

## **Ein Marburg für alle – die Gemeinschaft schützen**

Angesichts der von der Stadtregierung bereits eingeleiteten Kürzungen in allen sozialen Bereichen bekräftigen wir, dass wir hier Widerstand leisten und alle, die sich dagegen wehren, unterstützen werden.

### **Sozialplanung – Anlauf- und Beratungsangebote für Armut ausbauen**

Steigende Zahlen bei Obdachlosen, bei Unterhaltsvorschussberechtigten, bei Sozialleistungsempfänger:innen zeigen, dass immer mehr Menschen in Marburg in prekären Verhältnissen leben. Keine der im letzten Koalitionsvertrag beschlossenen Gegenmaßnahmen ist realisiert. Die Obdachlosenhilfe in Marburg bemüht sich nach Kräften, doch die Stadt kommt hier seit 15 Jahren ihren Versprechen nicht nach, der Neubau Obdachlosenunterkunft ist auf Tag X verschoben, die Vinzi-Dorf Realisierung ebenfalls unsicher. Dabei sind leider auch in Marburg obdachlose Menschen nicht mehr vor gewalttätigen Übergriffen sicher. Deshalb ist es so wichtig, Wohnraum zu erhalten, neu zu bauen, die Wohnsituation zu stabilisieren, Beratung zu erhalten, die Not abzumildern und gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen.

Die Servicestelle im Erwin-Piscator-Haus geht auf unsere Forderung nach zentralen sozialen Beratungsstellen zurück, allerdings enthält sie keine Schuldnerberatung, welche immer notwendiger wird. Marburgs Sozialplanung muss deutlich ausgebaut werden, ein Sozialkompass etwa als Infobroschüre ist hier ein gutes niedrigschwelliges Angebot.

## **Forderungen und Standpunkte:**

- keine Kürzungen bei freien Trägern, sondern solide Finanzierung der notwendigen Angebote
- Marburg-Pass im bestehenden Umfang erhalten bzw. ausbauen (kostenfreier ÖPNV)
- Realisierung Vinzi-Dorf statt Vertreibung Obdachloser
- barrierefreier Neubau der Obdachlosenunterkunft Gisselberger-Str.
- Schuldner:innenberatung stadtweit anbieten
- Sozialkompass erstellen

## **Frauenhaus schützen und ausbauen**

Das Marburger Frauenhaus ist eine Schutzeinrichtung für Frauen und deren Kinder, die von häuslicher Gewalt betroffen oder bedroht sind. Hier finden sie eine sichere Unterkunft sowie Beratung und Unterstützung. Schaffung weiterer Frauenhausplätze gemäß den Vorgaben der Istanbul-Konvention ist notwendig.

## **Unsere Kinder wollen gut untergebracht sein**

Es ist seit vielen Jahren bekannt, Marburg hat zu wenig Kita-Plätze, besonders – aber nicht nur – im U3-Bereich. Gleichzeitig – ebenfalls altbekannt – sind viele Kitas in einem schlechten baulichen Zustand, müssten dringend saniert werden und sie sind personell – ebenso wie das Jugendamt und die Bauabteilung der Verwaltung – chronisch unterbesetzt. Eine Folge: Das von der Stadtverordnetenversammlung 2017 beschlossene und für 2018 angekündigte KitaBauProgramm (KiBaP) gibt es noch immer nicht, nur folgenlose Ankündigungen. Stattdessen sind viel zu viele Kitas nicht oder nur eingeschränkt nutzbar, die Kinder werden in Notunterkünften betreut. Und wenn diese dann auch noch ausfallen, dann stehen Eltern vor extremen Problemen bis hin zur Jobkündigung, weil Arbeit und Kinderbetreuung nicht mehr vereinbar sind. Dafür dann höhere Gebühren zu verlangen bzw. wieder einzuführen, ist dreist und geht so gar nicht. Zumal seit Anfang des Jahres die Zahl der Kita-Kinder, die bildungs- und teilhabeberechtigt sind, von 222 (23 %) auf 325 (34 %) gestiegen ist.

## **2026 verpflichtenden Ganztagschule - Eine Schule für alle**

Auch in Marburg halten sich unsere Kinder und Jugendlichen zukünftig fast den ganzen Tag in der Schule auf, verpflichtende Ganztagsbetreuung in der Grundschule wird ab 2026/27 umgesetzt. Der aktuelle Wandel der Schule hat tiefgreifende Konsequenzen für ihre Bauten. Die klassische Flurschule mit ihren engen „Schuhkartonklassen“ gehört glücklicherweise der Vergangenheit an. In Marburg wurde vor allem ein wohlklingender webtauglicher Begriff „BiBaP“ = Bildungs-Bau-Programm eingeführt, der die längst in die Jahre gekommenen Lernorte ertüchtigen sollte., Doch wenn man die letzten zehn Jahre zurückblickt, entpuppt sich BiBaP leider als weiteres Sparprogramm. Zwar wurden größere Mängel, wie nicht mehr zu öffnende Fenster an der E-Schule behoben. Doch eine

aktuelle Umfrage - durchgeführt vom KiJuPa -offenbart weiteren großen Handlungsbedarf. Die einzige Marburger Berufsschule (ARS) hat noch immer keine Sporthalle, die provisorische Nutzung in der Temmelerhalle steht wegen Einsturzgefahr nicht mehr zu Verfügung. Der Neubau der Mosaikschule fällt der Haushaltkskonsolidierung zum Opfer, ausgerechnet bei der Förderschule wird der Rotstift angesetzt. Auch der begonnene und notwendige Neubau der Erich-Kästner-Grundschule in Cappel wurde von Anfang an ohne die Integration des dazugehörigen Förderschulzweigs geplant. Inklusion geht anders! Die Herausforderungen an moderne Lernorte sind anspruchsvoll, sie sollen ein Umfeld zum Lernen, zum Nachdenken, zur Eigenständigkeit sein, aber auch zum Wohlfühlen und Experimentieren einladen. Daher braucht es neben hellen, ruhigen Klassenräumen auch Gemeinschafts- und Ruheräume, zur Entfaltung der Persönlichkeit Bewegungsangebote, sowie künstlerische Entfaltungsmöglichkeiten - architektonische gut durchdachte Raumnutzungskonzepte mit ein- und ausfahrender Bühnenkonstruktion etwa. Ebenso gehört eine Cafeteria und Mensa mitgestaltet. Mit einem Freiflächenkonzept, wo möglich, können und sollen im Verbund der Schulen Synergieeffekte geschaffen werden.

### **Gymnasiale Oberstufe an der Richtsberggesamtschule (RGS) einrichten**

Wir setzen uns für die Einrichtung einer gymnasialen Oberstufe an der Richtsberggesamtschule ein. Es ist überhaupt nicht einzusehen, wieso in einer bislang rot-grün regierten Stadt die einzige Gesamtschule mit Ganztagsangebot im größten Stadtteil der Stadt keine gymnasiale Oberstufe anbieten darf, obwohl sich die ganze Schulgemeinde seit vielen Jahren vehement dafür einsetzt. Dieses Projekt wird den Richtsberg als Stadtteil weiter aufwerten, umweltschädliche und mobilitätsbelastende Pendelverkehre reduzieren und ein gut angenommenes, modernes Schulkonzept weiter befürworten.

### **Ganztagsangebot in Grundschulen**

Die Umsetzung der räumlichen und personellen Anforderungen für die ab Herbst 2026 beginnende, auch in den Ferien zu leistende Ganztagsbetreuung in den Grundschulen wird teuer. Bund und Land fordern sie, geben aber kein Geld. Wir wollen, dass die Stadt im Zusammenschluss mit anderen Kommunen auf der Grundlage von Grundgesetz Art. 104a Abs. 1 (Konnexitätsprinzip: "Wer die Musik bestellt, muss sie auch bezahlen.") mit einer Sammelklage dagegen vorgeht.

### **Aufenthaltsqualität für Freizeit verbessern**

Viele Spiel- und Bolzplätze sind in einem schlechten Zustand. Wir haben eine Mängel- und Sanierungsliste beantragt, die der Magistrat trotz Zusage seit Jahren nicht liefert. Das Kinder- und Jugendparlament hat aktuell mit einer Umfrage unter mehr als 2200 Kindern viele Forderungen aufgestellt, die aus unserer Sicht ernst genommen werden müssen.

### **Inklusive Spielplätze müssen selbstverständlich sein**

Spielplätze für Kinder mit und ohne Behinderung, sind wichtig. Damit die, die dort gemeinsam spielen, früh lernen, dass Unterschiede normal sind. Damit Kinder mit Behinderung zu ihrem Recht auf Spiel kommen und ihre Entwicklung gefördert wird.

### **Forderungen und Standpunkte:**

- Ausbau der U-3-Plätze
- Verbesserung des Personalschlüssels angesichts steigender Herausforderungen und Bedarfe der Kinder und Jugendlichen
- Das seit 2016/17 versprochene und beschlossene Kitabauprogramm (KiBaP) endlich vorzulegen und umzusetzen.
- Neubau der maroden Kitas und Schulen bzw. zügige Sanierung. Inklusion auf Augenhöhe. Neubau der Mosaikschule umsetzen.
- Einführung einer gymnasialen Oberstufe an der RGS.
- Kostenloses gesundes Mittagessen an Schulen.
- Kostenlose Beförderung aller Schüler:innen. Aufhebung der begrenzenden km-Regelung.
- Aufstockung des Personals und Aufwertung der Berufe im Sozial- und Erziehungsbereich.
- Bedarfsgerechte Öffnungszeiten.
- Finanzierung der Umsetzung der Ganztagsbetreuung in den Grundschulen sichern, notfalls durch Sammelklage mit anderen Kommunen gegen Bund/Land wegen Verletzung des Konnexitätsprinzips
- Bedarfsgerechter Ausbau der Ferienbetreuung, insbesondere auskömmliche Finanzierung der Angebotsträger
- Sanierung und barrierefreier inklusiver Umbau der öffentlichen Spielplätze, etwa zu Mehrgenerationenplätzen, Veröffentlichung der von uns beantragten Mängelliste
- Realisierung der im Jugendbericht und in der KiJuPa-Umfrage genannten Forderungen, insbesondere Schaffung von Räumen/Treffpunkten ohne Konsumzwang im öffentlichen Raum in der Stadt für Jugendliche und alle Menschen
- Schaffung weiterer Frauenhausplätze gemäß den Vorgaben der Istanbul-Konvention

### **Altersarmut entgegenwirken**

Auch in Marburg gibt es immer mehr ältere Menschen, oft mit geringen Renten und mit steigendem Unterstützungsbedarf. Gleichzeitig explodieren die Kosten für Pflege und Fachkräfte fehlen. Altersbedingt nehmen auch Behinderungen zu, es drohen

Vereinsamung und Isolation. Hier ist die Stadt gefordert entgegenzusteuern und die vorhandenen Ansätze auszubauen statt zu kürzen.

### **Forderungen und Standpunkte:**

- statt angedachter Kürzung: Erhalt und Ausbau der erfolgreichen Projekte „Gemeindeschwester 2.0“ und „In Würde teilhaben“
- verlässliche (finanzielle) Unterstützung von Initiativen in den Stadtteilen, die dort der Vereinsamung entgegenwirken und den sozialen Zusammenhalt stärken (Beispiel: Gut Älterwerden in Wehrda e.V.)
- Projekte für gemeinschaftliches Wohnen/Mehrgenerationenwohnen unterstützen und fördern

### **Teilhabe für alle - Barrierefreiheit schaffen**

Teilhabe und Inklusion ist eine Verpflichtung, die nach wie vor nicht umgesetzt ist. Beim barrierefreien Ausbau der Mobilitätsstrukturen und beim inklusiven Zugang zu Behörden, Bildungseinrichtungen und Freizeitangeboten ist einiges erreicht worden. Dennoch bleibt viel zu tun, um die Kriterien der UN-Behindertenrechtskonvention umzusetzen. Unsere reizvolle Altstadt ist mit den Pflastersteinen eine wahre Stolperfalle, dabei würden barrierefreie Streifen allen zu Gute kommen – Marburgs Schmuckstück soll von allen wertgeschätzt werden, ob im Rollstuhl, mit Kinderwagen, mit Gehhilfen oder einfach ohne unterstützende Mittel. Dies gilt auch für Museen, Theater, Schulen, kurz allen öffentlichen Bereichen. Digitale Stolperfallen gehören ebenfalls abgeschafft, allen muss der Zugang zu digitalen Angeboten möglich sein. Anlaufstellen, die helfen, Barrieren durch Vorurteile und Vorbehalte abzubauen, sind zu schützen und zu erhalten. Institutionen, die sich für Menschen mit Behinderung einsetzen und beraten, etwa bei ambulant betreutem Wohnen, beruflicher Integration, Frühförderung und/oder Arbeit, brauchen Förderung. Alle Dokumente und Info-Materialien sollen in leichter Sprache vorliegen. Assistenzleistungen sind oft zu knapp bemessen. Die Kommunen müssen eine Vorbildfunktion erfüllen und dabei helfen, dass mehr Menschen, die auf dem ersten Arbeitsmarkt wenig Chancen haben, als kommunale Beschäftigte oder bei größeren Betrieben vor Ort zum Zug kommen. Wir unterstützen ausdrücklich die wertvolle Arbeit etwa von fib e.V., der EUTB oder der Marburger Lebenshilfe e.V. sowie der anderen Behindertenorganisationen.

### **Forderungen und Standpunkte:**

- Projekte für gemeinschaftliches Wohnen/Mehrgenerationenwohnen unterstützen und fördern
- Bei Neubau Barrierefreiheit konsequent umsetzen
- ausreichend Behindertenparkplätze schaffen, besonders an zentralen Stellen

- Behindertenbeirat aufwerten durch Berichtsrecht an die Stadtverordnetenversammlung (Gleichstellung mit KiJuPa und Ausländerbeirat)

## Sport – ein Türöffner in vielerlei Hinsicht, Powerbooster für Gesundheit und Integration

Über den Sport gelingt es spielerisch, sich mit seiner Stadt, Region zu identifizieren. Mühelos überwindet er Grenzen, schafft Zugehörigkeit, kann Begeistern, er löst Emotionen aus, stärkt das Selbstbewusstsein und fördert die Gesundheit. Der Sport lebt und vermittelt Werte wie Fairness, Gerechtigkeit, Chancengleichheit, Respekt, Toleranz, Solidarität, Zuverlässigkeit, Vertrauen, Loyalität und Verantwortung. Marburg schmückt, sich gerne mit dem Zusatz Sportstadt, verkennt aber offensichtlich die Bedeutung des Sports in seiner ganzen Vielfalt. Dem beeindruckenden Großsportfeld mit dem Georg-Gassmann-Stadion (GGS) als Glanzpunkt fehlt eine Flutlichtanlage, was zu unnötiger Einschränkung der Nutzbarkeit in den Abendstunden führt. Auch die in die Jahre gekommene Laufbahn kann aufgrund diverser Mängel nur noch eingeschränkt genutzt werden. Selbiges gilt für die Weit- und Hochsprunganlage. Im Jahr 2025 mussten verschiedene Sporthallen geschlossen werden, weil Einsturzgefahr droht oder Feuchtigkeitsschäden die Gesundheit gefährden. Wir fordern eine Mängelübersicht und einen schlüssigen Beseitigungsablaufplan und keine Gebührenerhöhung der Hallennutzung. Das Sport- und Freizeitbad Aquamar wird immer mehr zu einer Dauerbaustelle, Schließungen wegen der umfassenden Dachsanierung stehen bevor. Deshalb bedarf es einer Gesamtkonzeption im Bereich Schwimmen, um allen Anforderungen gerecht zu werden, dazu gehört unbedingt die Ausweitung der Öffnungszeiten des Hallenschwimmbades in Wehrda. Erfreulicherweise nehmen sportliche Aktivitäten in den heimischen Wäldern zu, es bietet sich an, Fitnessparcours auszuweiten. Radsport erfreut sich über alle Altersgrenzen hinweg großer Beliebtheit, vor allem der Bereich Mountainbike bietet hier großes Entfaltungspotenzial. Wir fordern deshalb gemeinsam mit dem Fachbereich Sportwissenschaften der Universität Marburg und dem Marburger MTB-Verein freestyle, eine geeignete Mountainbikestrecke auszuweisen. Im Einklang mit dem Lebensraum Wald soll es nur Gewinner geben. Einerseits wird die pädagogische Ausbildung an der Universität gestärkt, andererseits können ähnlich wie in Bad Endbach die zukünftigen Nutzer (häufig junge, wagemutige Menschen) bei der Erstellung des Mountainbikes-Trails einbezogen werden, dies schafft nachhaltige Werte für soziale Gemeinschaft, wie Verlässlichkeit und Freundschaft. Ganz nebenbei wird spielend erlernt, auf die Natur und Schwächere Rücksicht zu nehmen. Ein nicht zu vernachlässigender positiver Nebeneffekt - es wird Zeit in der Natur und nicht vorm Smartphone verbracht.

Besondere Wertschätzung sollte allen engagierten Menschen in Marburg entgegengebracht werden, die sich in vielfältiger Weise in den Vereinen einbringen, hier wird eine unschätzbar wertvolle Arbeit für die Gemeinschaft erbracht. Dies gilt besonders für den Behindertensports, der glücklicherweise immer mehr

Aufmerksamkeit erfährt. Deshalb muss die Sportstadt Marburg ihr Angebot erhalten, schützen und ausbauen.

### **Forderungen und Standpunkte:**

- Sporthalle für die Berufsschule „Adolf-Reichwein-Schule“
- Geschlossene Sporthallen ertüchtigen
- Sanierung des Großsportfelds
- Flutlichtanlage im Georg-Gaßmann-Stadion
- Keine Gebührenerhöhung für die Hallennutzung
- Ausweitung der Schwimmbadöffnungszeiten Hallenbad Wehrda
- Mountainbike-Trial in Marburg ermöglichen
- Unterstützung der Special Olympics

### **Verkehrswende durch Marburger Flatrate-ÖPNV & hessenweites Schülerticket**

Wer eine Verkehrswende hin zu mehr Fuß-, Rad- und Busverkehr will, und das wollen wir, der muss Angebote schaffen. An den Adventswochenenden verkehrt der Marburger ÖPNV bereits seit Jahren fahrtscheinlos. Die Idee einer sozialen und klimagerechten Verkehrspolitik ist wahrlich nicht neu, nur ihre Umsetzung dauert ermüdend lang, dabei gäbe es nur Gewinner. Wer durch Marburg zuverlässig, schnell und nicht im Stau stehend vorankommt, ohne Verkehrsgestank und -lärm, noch dazu ohne sich Gedanken über ein Ticket machen zu müssen, der wird Marburg ganz neu lieben lernen.

Außerdem wollen wir das hessenweite Schülerticket für alle Marburger Schüler:innen, also auch für die, die bisher aufgrund der beschränkenden Kilometerregelung ausgeschlossen sind. Vor allem für ärmere Familien bedeutet dies nämlich bislang, dass ihre Kinder und Jugendlichen nicht mit zur Klassenfahrt können, oder ein gemeinsamer Ausflug mit Freunden für die Betroffenen nicht möglich ist.

### **Mobilität**

Uns geht es darum, unser Marburg erreichbar zu machen für alle, gleichberechtigt und in angemessenen Zeiten. Neben schnellen Radverkehrswegen, bedeutet das auch schnellere Busverbindungen – der Express-Bus des Landkreises wird nur in Marburg ausgebremst. Attraktive Angebote wie Schaffung eines Jobtickets oder Anreize, die einen Verzicht aufs eigene Auto ermöglichen, etwa durch Carsharing, bereitstellen oder Finanzierung von E-Bikes. Erstaunlich; Selbst Kaufhausunternehmer Peter Ahrens und Schlossberg-Center Chef Peter Berger

finden Ideen für einen kostenlosen ÖPNV gut – lange von uns und anderen Mitstreiter:innen gefordert, wird es jetzt vielleicht endlich wahr?

Häufig hilft der Blick über den eigenen Tellerrand – in vielen Städten europaweit blüht der Handel und die Gastronomie gerade durch eine umsichtige Verkehrspolitik mit weniger PKWs in der Innenstadt erst wieder auf. Niemand muss befürchten, dass Arztpraxen nicht mehr angefahren werden können, oder dass pflegende Angehörige keine Möglichkeit mehr haben, ihre Einkäufe mit dem Fahrzeug erledigen zu können. Im Gegenteil, gerade hier schaffen weniger verstopfte Straßen Entlastung.

Wir wollen mutig zu einer verkehrsgerechten und staufreien Innenstadt-Vision vorangehen, die vielfältigen Maßnahmen umsetzen und eine ehrliche Bilanz in überschaubaren Intervallen durch Beteiligung abbilden. Wir alle können nur gewinnen – fragt die, die täglich im Stau stehen, ob im Auto, ob im Bus, oder mit dem Rad! Ein Plus zusätzlich: die verbesserte Luft und Aufenthaltsqualität.

### **Photovoltaik-Flächennutzung optimieren**

Der Klimanotstand erfordert eine massive Ausweitung der regenerativen Energieerzeugung. Photovoltaikanlagen bieten hier hervorragende Möglichkeiten. Das derzeitige Hauptproblem besteht in den zwar ausreichend vorhandenen geeigneten, aber bislang nur selten für Photovoltaikanlagen genutzten Flächen – vor allem im Bereich der privaten Bestandsbebauung.

Zur Lösung des Problems besteht das übliche Vorgehen in einer gesetzlichen Verpflichtung der Immobilieneigentümer zur Errichtung entsprechender Anlagen, was im Bereich von Neubauten auch vielerorts bereits praktiziert wird. In der Bestandsbebauung hingegen ergeben sich verschiedene Probleme. Viele Immobilienbesitzer sind der Errichtung von Photovoltaikanlagen gegenüber durchaus aufgeschlossen, aber finanziell oftmals schlicht nicht in der Lage, die entsprechenden Investitionen zu finanzieren, deshalb kann hier durch gezielte Fördermaßnahmen unterstützt werden.

### **Forderungen und Standpunkte:**

- gemeinwohlorientierte Bodenpolitik – keine Gewinne mit dem kostbaren Gut Boden
- Keine großflächigen Bodenversiegelungen, konsequentes umsetzen Innen- vor Außenentwicklung.
- Verbot von Bodenspekulation, Vergabe in Erbbaupacht
- Schwammstadtkonzept anwenden
- Schutz vor Verkehrslärm und -gestank
- Flatrate ÖPNV, Schülerticket für alle – Aufhebung der unsolidarischen KM-Regelung
- Photovoltaiknutzung im Einklang der Natur und wenn möglich in Genossenschaftsmodellen

## Stärkung der Stadtteile

Eine starke Stadtgesellschaft braucht starke Stadtteile und Ortschaften. Die Fraktion Marburger Linke & Piraten setzt sich seit jeher für eine Stärkung der einzelnen Stadtteile und Quartiere ein. Eine gute und leistungsfähige Infrastruktur (Einkaufsmöglichkeiten, Post, Stadtteil-, Jugendzentren, Seniorenheime, Spielplätze, usw.) erhöhen die Lebensqualität aller Bewohner:innen. Zusätzlich braucht es eine bewohner:innen-orientierte und aktive Quartiersarbeit in allen Stadtteilen. So entstehen nachbarschaftliche Vernetzungen und zentrale Orte für eine Demokratisierung in allen Quartieren und Ortschaften.

### Forderungen und Standpunkte:

- Familien oder Quartiersbegegnungsstätten erhalten bzw. schaffen, weitere Verkehrsberuhigung, Barrierefreiheit, mehr Grünflächen, Sitz- und Spielgelegenheiten und weniger Hitze-Hot-Spots
- Stadtteil- und Familienzentren bzw. Bürgerhäuser mit Sozialberatungsangeboten bestücken wo noch nicht vorhanden.
- gute Infrastruktur mit Einkaufsmöglichkeiten für den täglichen Bedarf durch Geschäfte und Märkte
- Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche, inklusive Spielflächen und Gesundheitsparcours

## Kommunale Mitbestimmung – Mach Dich stark für Deinen Ort

Die Marburger Linke steht für eine echte kommunale Demokratie mit wirksamer, akzeptierter Mitbestimmung. Viele Menschen erleben, dass sie kaum Gehör finden, daher sind echte Versammlungen notwendig, in denen sie zu Wort kommen. Dazu gehören die aktiven Vereine im Quartier genauso wie die Ortsbeiräte oder Stadtteilgemeinden.

### Forderungen und Standpunkte:

- Unterstützung demokratischer Stadtteilstrukturen, wie Stadtteilversammlungen mit Vorschlags- und Vetorechten an die Stadtverordnetenversammlung
- Stärkung der Interessenvertretungen aus den Stadtteilen - Ein versammlungsbasierter Beteiligungshaushalt mit mehr Kompetenzen und Einfluss der Bürger:innen
- Unabhängige Gemeinwesenarbeit (Quartiersarbeit) zur Initiierung, Begleitung und Förderung gemeinschaftlicher Stadtteilaktivitäten sowie nachbarschaftlicher Solidarität
- Einführung von Sozialentwicklungsplänen, die die gleichberechtigte Teilhabe in allen Stadtteilen in den Fokus nehmen und verwirklichen

## **Bürgerräte / Bürgerbeteiligung: Partizipation ausbauen:**

Die Wahlbeteiligung an der Kommunalwahl 2021 lag in Marburg laut Ergebnissen des Hessischen Statistischen Landesamtes bei 55,1%. In Marburg entfielen von diesen 55,1% exakt 26,01% auf die Grünen, 23,55% auf die SPD und 6,42% auf die Klimaliste. Somit bildete sich in der Folge eine Stadtregierung, die derzeit lediglich 30,84% der Wahlberechtigten in Marburg repräsentiert - also eine MINDERHEIT. Auch wenn die anderen gewählten Wählergruppen proportional zu ihren Wähleranteilen im Parlament vertreten sind, wird die Politik der Stadt de facto einzig bestimmt von diesen knapp 31%.

Als eine der ersten Amtshandlungen dieser neuen Stadtregierung wurde darüber hinaus damals veranlasst, dass gewählte Volksvertreter, die nicht Mitglied einer Fraktionsgemeinschaft sind, vom Rederecht, d.h. der Mitarbeit in den Ausschüssen ausgeschlossen wurden - im Gegensatz zur bisherigen Praxis im Marburger Stadtparlament und auch zur aktuellen Praxis so ziemlich aller größeren hessischen Kommunen (Frankfurt, Kassel, Gießen).

Wir sind der Ansicht, dass neue Beteiligungselemente erforderlich sind, wenn das Reden von Demokratie ernst genommen wird. Uns geht es um eine Erweiterung demokratischer Partizipationsmöglichkeiten.

Wir fordern daher konsequent die direkte Beteiligung der Bevölkerung bei wichtigen Projekten. Dazu gehören Bürgerbefragungen, Bürgerräte und ein Bürgerteilhaushalt. Insbesondere Bürgerräte haben sich als sehr effektives und inzwischen weltweit umfassend dokumentiertes Beteiligungsformat erwiesen.

Bürgerräte: <https://participedia.net/>

## **Frieden schaffen durch Solidarität, Erinnerung und Dialog**

Die Marburger Linke steht seit ihrer Gründung im Jahr 1993 als Friedensliste für Abrüstung, friedliche Konfliktlösung und humanitäre Hilfe für alle Menschen, die von Kriegen und dessen Folgen betroffen und bedroht sind. Im Angesicht weiter zunehmender kriegerischer Auseinandersetzungen weltweit bekräftigen wir unsere Forderung nach der unbürokratischen Aufnahme aller vor Krieg, ökologischen und humanitären Katastrophen Geflüchteten, sowie von Deserteuren und Kriegsdienstverweigerern. Wir lehnen es ab, dass Kriege als Vorwand für Aufrüstung, Remilitarisierung und für ein Bundeswehr-Sondervermögen von 100 Milliarden dienen, denn damit fehlt dieses Geld an anderer Stelle und dient lediglich als ein Geschenk an die Rüstungsindustrie. Wir sehen die Notwendigkeit einer konsequenten Friedenspolitik, auch auf kommunaler Ebene.

## **Forderungen und Standpunkte:**

- Marburg als sicheren Ort für Geflüchtete vor Krieg, ökologischen und humanitären Katastrophen sowie von Deserteuren und Kriegsdienstverweigerern etablieren

- Friedenspreis in Marburg ausloben
- eine Bundeswehrwerbung an den Schulen und im gesamten Marburger Stadtbild
- Keine öffentlichen militärischen Veranstaltungen
- Keine Etablierung der Militärforschung an Forschungseinrichtungen der Universität

## Miteinander auf Augenhöhe - Solidarität statt Abschottung bei Migration und Integration

Die Marburger Linke steht für einen solidarischen und integrativen Ansatz in der Migrationspolitik. Wir nehmen unsere Mitbürger:innen und zukünftigen Mitbürger:innen als solche wahr, unabhängig von ihrer Migrations- oder Fluchtgeschichte. Wir setzen uns für eine zentrumsnahe Unterbringung ein, nicht an den Außenstadtteilrändern, außerdem ist uns wichtig darauf zu achten das die Menschen im Mittelpunkt stehen, d.h. eine Unterbringung muss Gemeinschaftsräume, Aufenthaltsqualität im Innen- und Außenbereich berücksichtigen, Dolmetscher, Pädagogen und Sprachlehrgänge inkludieren. Zugleich sehen wir uns als Stadt in der Verantwortung, ankommenden Geflüchteten und Migrant:innen wirksam zu helfen und deren Integration in die Stadtgesellschaft zu beschleunigen. Das heißt für uns eine gleichberechtigte soziale Einbindung, Unterstützung beim Einstieg in den Arbeitsmarkt und in Kitas und Schulen sowie politische und gesellschaftliche Repräsentanz für alle. Für uns gilt es, die Fluchtursachen zu bekämpfen, nicht die Geflüchteten. Das bedeutet über die kommunale Ebene hinaus eine nachhaltige Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen in ihren Herkunftsländern. Dazu gehört ein Ausbau der Entwicklungshilfe, unabhängig von deutschen Wirtschaftsinteressen. Wir lehnen die Festung Europa entschieden ab - jeder Euro an FRONTEX gehört in die Entwicklungs- oder Geflüchtetenhilfe bzw. in die zivile Seenotrettung.

### **Forderungen und Standpunkte:**

- Wir fordern, dass Marburg seine Verantwortung als „Sicherer Hafen“ ernst nimmt und geflüchtete Menschen willkommen heißt, sowie die zivile Seenotrettung unterstützt

- Wir möchten, dass Marburg eine „Solidarity City“ (Städte der Solidarität) wird, damit auch Menschen ohne offizielle Dokumente an der Gesellschaft teilhaben können – „Solidarität ist die Zärtlichkeit der Völker“ Ernesto Guevera
- Aufbau und Absicherung einer Gesundheitsversorgung auch für Menschen ohne Aufenthaltserlaubnis
- Schnelle Integration von Geflüchteten in das städtische Sozial- und Alltagsleben, Unterbringung in angemessenen Wohnungen und Zugang zu Ausbildung und Arbeitswelt
- Stärkung und Beibehaltung des Ausländerbeirats
- Bereicherung durch Vielfalt der Kulturen im Sinne einer bunten Stadtgesellschaft
- Bekämpfung von Fluchtursachen als Fokus jeder Migrationspolitik
- Recht auf Asyl darf nicht untergraben werden
- Keine stigmatisierenden Sonderregelungen; weiterhin Geldleistungen statt Sachleistungen
- Ausreichende finanzielle Ausstattung der Kommune durch Bund und Land

## **Solidarische Stadtgesellschaft gegen Faschismus, Rassismus und Ausgrenzung**

Die Marburger Linke steht für eine ausnahmslos solidarische Stadtgesellschaft. Das bedeutet für uns ein konsequentes Eintreten und Handeln gegen Rassismus, Hass und Ausgrenzung. Marburg gilt zu Recht als weltoffene Stadt die sich für Willkommenskultur stark macht, dennoch sind Diskriminierungen verschiedener Art, etwa durch Racial Profiling, leider Alltag. Übergriffe auf Obdachlose Menschen nehmen spürbar zu. Die Ausgrenzung von Menschen wird von politischen Akteuren wie der AfD propagiert und befeuert. So kommt es immer wieder zu Ausgrenzungen oder sogar Übergriffen auf Minderheiten. Wir stellen uns der Hetze aller rechter Kräfte entschieden entgegen. Ihr völkisches und rassistisches Weltbild muss überall und immer bekämpft werden. Wir unterstützen die Arbeit antifaschistischer Organisationen vor Ort.

### **Forderungen und Standpunkte**

- Aktive Erinnerungs-, Aufklärungs- und Versöhnungsarbeit gegen Hass, Rassismus und Antisemitismus
- Den 8. Mai als Gedenktag an die Befreiung Deutschlands vom Nazi-Faschismus offiziell würdigen und ganzjährig aktive Erinnerungspolitik
- Inner- und außerhalb der Stadtverordnetenversammlung unterstützen wir Projekte und Bewegungen, die sich gegen Antisemitismus, Rassismus, Sexismus und Homophobie einsetzen

## **Interkulturelles Zentrum - Für Kommunikation und friedliches Zusammenleben!**

In der Stadt Marburg leben Menschen aus mindestens 146 verschiedenen Nationen. Aber sie kennen sich kaum oder gar nicht, geschweige, dass sie miteinander kommunizieren. Um dies zu ermöglichen braucht Marburg ein interkulturelles Zentrum. Dieses sollte zentral gelegen sein und als Begegnungsort für Menschen mit sogenanntem Migrationshintergrund und deutschen Staatsbürgern dienen. Hier könnten sie sich bei einer Tasse Tee, Kaffee oder Cappuccino kennen und schätzen lernen, Vorurteile abbauen, Bekanntschaften und Freundschaften schließen. In diesem Zusammenhang könnte Marburg sogar ein Beispiel sein und Schule machen und möglicherweise über Marburg hinaus Nachahmer finden.

### **Kultur und Freizeit für jeden**

Solidarität mit allen Kulturschaffenden in Marburg – vielfältige, kreative und verbindende Kultur erhalten und schützen!

Ohne Kunst und Kultur wird's still. Ein Claim, ein Slogan – eine Botschaft, über die das ganze Land sprach. Die Plakate kennen Menschen in Lübeck, Hamburg, Stuttgart. Dieser Slogan - während der Corona Pandemie entstanden - veranschaulicht bis heute eindeutig, wie wichtig Kunst und Kultur für eine Gesellschaft ist. Das eigentlich schöne ist, dass Kultur zu den kommunalen Aufgaben gehört, in der sie großen eigenen Gestaltungsspielraum hat. Auch in Marburg ist durch das Zusammenwirken unterschiedlichster Akteure die kulturelle Vielfalt entstanden, die eine lebendige, kreative und Entwicklungsfähige lokale Gesellschaft ausmacht – dies gilt es unbedingt zu erhalten und zu schützen! Wir erinnern uns an völlig berechtigte Forderungen der Beschäftigten im soziokulturellen Bereich, welche zudem längst überfällig sind, dass die Menschen welche in der Kulturszene beschäftigt sind, meist weit mehr an Engagement einbringen, meist unbezahlte freiwillige Überstunden, was sich spätestens bei der Rente bemerkbar macht, die Betroffenen können davon ihren verdienten Lebensabend oft nicht bestreiten. Der Hilferuf des KFZ vom 10.09.2025 und auch bereits vor ein paar Wochen durch den Veranstalter des Open Eyes Filmfestivals, verdeutlicht die unbedingte Unterstützung und Förderung in Marburg. Hier muss Solidarität mit den Marburgern Kulturschaffenden gelten, es darf kein Ausspielen der Akteure untereinander geben, das breite Angebot für unterschiedliche Personengruppen muss erhalten und geschützt werden! Wer hier den Rotstift ansetzt verkennt die so herausragende Bedeutung für unsere Stadtgesellschaft. Die unterschiedlichen kulturellen Angebote sind Ausdruck unserer Identität und der Kitt unserer Gesellschaft. Sie trägt zu Integration aller bei, sie unterhält uns, sie provoziert und regt zum Nachdenken an, sie schafft Räume für Dialog, was ihr spielerisch gelingt. Ähnliches leistet der Sport, vieles von dem so zusammenhaltenden Kitt passiert ohnehin in ehrenamtlichen Bereichen wie Vereinen

– ein so wichtiger regelrecht unbezahlbarer Einsatz! Deshalb wer hier kürzt, handelt fahrlässig geradezu unverantwortlich. Denn richtig ohne Kultur wird's still in Marburg!

## **Forderungen und Standpunkte:**

- 
- Ausweitung der Teilhabe an kulturellen Einrichtungen über den Marburgpass.
- Rücknahme der Kürzungen im Kulturetat.
- Modellprojekt gegen prekäre Beschäftigung im Kulturbereich, Sicherung der Rente.
- Förderung der Kinokunst.
- Förderung der Stadtbücherei.
- Förderung von kulturellen Angeboten für Kinder und Jugendliche.

## **Tierschutz**

Das Marburger Tierheim und seine meist ehrenamtlichen Mitarbeiter leisten vorbildliche Arbeit für entlaufene, ausgesetzte und in Not geratene Hunde, Katzen, Kaninchen und Co. Hierbei handelt es sich um kommunale Pflichtaufgaben. Auch das Marburger Tierheim stellt das Herz und die Basis der Tierschutzarbeit dar. Das Engagement der Menschen im Tierheim leistet Großartiges und sorgt dafür, dass jedes Tier Futter, Pflege und Zuwendung bekommt. Wenn Menschen Tiere aussetzen oder abgeben, Halter:innen versterben, Behörden Haustiere aus schlechter Haltung befreien oder aus illegalen Zuchten und Transporten beschlagnahmen, ist das Tierheim-Team unermüdlich im Einsatz. Marburgs Tierheim hilft Tag für Tag, an Wochenenden und Feiertagen, im Notfall rund um die Uhr.

Ob es sich um Hunde, Katzen, Kaninchen, Meerschweinchen und Wellensittiche oder sogar besondere Exoten handelt – im Tierheim packen hauptamtliche und ehrenamtliche Tierschützer:innen gemeinsam an. Für sie zählt jedes Tier. Die Mitarbeiter:innen nehmen die tierischen Schützlinge auf, verpflegen sie, versorgen sie medizinisch und bereiten sie auf ein Leben bei tierlieben Menschen vor, an die sie sie vermitteln. Und natürlich sind sie auch für die Menschen da, die Fragen zum Tierschutz haben, verwahrloste Tiere in ihrer Nachbarschaft melden oder ein Tier adoptieren möchten. Ganz nebenbei wird zudem wertvolle Jugendarbeit geleistet, Besuch von Schulklassen, Kitas, etc.

Die Marburger Linke konnte bereits mit einem erfolgreich beschiedenen Antrag eine Kastrationspflicht für freilaufende Katzen in der Stadt umsetzen. Durch eine verantwortungsvolle Aufnahme, Kastration/ Sterilisation und Vermittlung reduziert das Tierheim die Zahl streunender Tiere in Marburg und deren Ortsteilen. Dieses verringert Risiken wie ansteckende Krankheiten und senkt langfristig das Katzenelend wildlebender Populationen. Bekanntlich sind die notwendigen räumlichen Gegebenheiten im Tierheim am aktuellen Standort in Cappel stark eingeschränkt und die Bausubstanz aller Gebäudeeinheiten sehr angegriffen. So ist zum Beispiel eine stets notwendige Quarantäne-Unterbringung bei Neuaufnahme eines Tieres, im jetzigen Zustand nicht mehr gewährleistet. Dies bedeutet, dass sich Tiere untereinander anstecken können und auch Mitarbeiter:innen waren bereits

mehrfach betroffen! Auch die gesetzliche Vorgabe der Gruppenhaltung von Hunden kann mangels zur Verfügung stehender Fläche, nicht durchgeführt werden. Der Neubau des Tierheims ist längst überfällig und muss endlich realisiert werden.

### **Forderungen und Standpunkte:**

- Sofortiger Neubau des Tierheims auf dem bereits gefundenen und geeigneten Gelände.
- Abschaffung der Liste für angeblich „gefährliche Hunde“ in der Stadt Marburg und Umsetzung der daraus resultierenden steuerlichen Erleichterungen für Hundehalter.
- Keine Hundesteuererhöhung.
- Einführung einer Tiertafel.
- Kostenloser Zugang zu einer veterinärärztlichen Leistung für Tiere von Wohnungslosen und Menschen in finanziellen Notlagen.
- Einführung eines freiwilligen Marburg-Hundeführerscheins.

### **Digitalisierung I: Umweltdatenzentrierter SmartCity-Ausbau, LoRaWAN & Freifunk Marburg, öffentliche Datenbereitstellung.**

Während andere Kommunen längst modernste Messsensorik zur Erfassung wichtiger Umweltdaten betreiben, fischt Marburg trotz vergleichsweise guter Finanzausstattung weiterhin im Trüben. Wir wollen Marburg in umwelttechnisch wichtigen Bereichen zu einer durchdachten SmartCity umgestalten, um Umweltdaten nicht nur kontinuierlich systematisch zu erfassen, sondern die anfallenden Informationen auch in einem OpenData-Ansatz nach den etablierten FAIR-Prinzipien öffentlich zugänglich machen. Dabei wollen wir vorhandene OpenSource-Netzwerkinfrastrukturen, wie z.B. Freifunk Marburg und das LoRaWAN-Netzwerk in Marburg nutzen und diese gemeinsam mit gemeinnützigen Initiativen und technisch interessierten Bürger:innen weiterentwickeln, anstelle auf kostspielige, proprietäre, ClosedSource-Systeme zu setzen, wie das bislang der Fall ist. Konzentrieren wollen wir uns zunächst vor allem auf verkehrspolitisch relevante Ziele, wie vollautomatisierte Fahrzeugzählungen, flächendeckende Lärm- und Luftschadstoffimmissionserfassung, aber auch Starkregenereignisse, Bewässerungssysteme und Biodiversitätsmonitoring. Ein besonderer Fokus wird die Dokumentation dieser wichtigen Umweltkenndaten in den Bereichen rund um die Stadtautobahn B3a sowie andere Verkehrs-HotSpots darstellen. Unser Ziel ist u.a., ausreichend reale Messinformationen zu sammeln, um z.B. der Deutschen Umwelthilfe diejenigen Daten an die Hand zu geben, die erforderlich sind, damit das Beschreiten des Rechtsweges zur Durchsetzung lange überfälliger städtischer Forderungen gegenüber Land und Bund endlich realisiert werden können.

## Digitalisierung II: Ersatz sicherheitskritischer US-IT-Dienste durch OpenSource-Lösungen, Einhaltung von DSGVO-Vorgaben, Volldigitales Stadtbüro, wirtschaftlicher Innovationsschub durch kommunale Entwicklungsaufträge

Seit Jahren macht der Bund prominent Vorgaben zum Thema Digitalisierung. Passiert ist in diese Richtung in Marburg wenig. Stets werden Gründe gefunden, warum Dinge angeblich nicht gehen, statt in der Praxis realisierbare Lösungen zu suchen. Das muss ein Ende haben.

Wir werden mittelfristig die gesamte Stadtverwaltungs-IT von den sicherheitslückenbehafteten Windows-Betriebssystemen längst nicht mehr vertrauenswürdiger US-Grosskonzerne befreien, kostspielige Lizenzkosten einsparen und auf frei zugängliche OpenSource IT-Lösungen setzen. Das wird sowohl den Bereich Betriebssysteme betreffen, als auch Office-, Datenbank- und Cloudsysteme. Wir werden dadurch nicht nur kritische Infrastruktur zeitgemäß absichern und externe Abhängigkeiten außerhalb Europas beseitigen, sondern zugleich massiv Kosten einsparen und im Bereich OpenSource-Software durch kommunale Entwicklungsaufträge einen auch wirtschaftlich relevanten Innovationsschub auslösen. Wir wollen, dass es sich lohnt, hier in Marburg kommunale OpenSource-Software zu entwickeln - und die erzeugten Lösungen auch für andere Kommunen auszulizenzen.

Darüber hinaus wird nur so gewährleistet, dass kommunale Daten nicht unbemerkt abfließen können, sondern volumnfänglich nach deutschen Datenschutzrichtlinien gehandhabt werden.

Wir streben desweiteren an, sukzessive an der Realisierung volldigitaler Stadtbürodienstleistungen zu arbeiten, ohne jedoch dabei nichtcomputerisierte Menschen auszugrenzen. Inklusion hat für uns eine wichtige Bedeutung.

Entgegen anderslautender Meldungen aus der bisherigen Stadtregierung werden von den oben skizzierten IT-Systemumbauten spezialisierte Softwarelösungen, wie z.B. in der Finanzbuchhaltung, nicht betroffen sein, da diese stets in virtuellen Maschinen lauffähig gehalten werden können, bis bessere Lösungen gefunden werden.

Uns ist bewußt, dass diese Vorhaben tiefgreifende Änderungen auch für die städtischen Mitarbeiter:innen bedeuten, aber diese Anpassungen sind nach Jahrzehnten der Untätigkeit überfällig und können auch angesichts der weltpolitischen Lage nun nicht länger hinausgeschoben werden.

